



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Regulatorischen Rahmen für den Einsatz von Chat- und Anfrage-KI in Bayern setzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit den Bundesländern, der Bundesebene und unseren europäischen Partnern regulatorische Rahmenbedingungen für die Anwendung von Chat- und Anfrage-KI (KI = Künstliche Intelligenz) zu schaffen. Hierbei sind auf folgende Aspekte insbesondere zu achten:

- Verpflichtende Kennzeichnung der Anwendung von Chat- und Anfrage-KI seitens von Schülern und Studenten im Bildungsbereich
- Verhinderung von Voreingenommenheit und Diskriminierung in den KI-Antworten durch die verpflichtende Offenlegung der Auswirkungen der verwendeten Algorithmen
- Gewährung des Datenschutzes und der nationalen Sicherheit durch die Anwendung von Chat- und Anfrage-KI
- Vorbeugung und Verhinderung freiheitsfeindlicher staatlicher Einflussnahme auf die KI-Antworten

Begründung:

Der Einsatz von Text-KI darf die eigenen kognitiven und Lernfähigkeiten der Schüler und Studenten nicht beeinträchtigen. Dessen Verwendung im Bildungsbereich sollte daher sehr begrenzt sein und muss in allen Arbeiten als solche klar gekennzeichnet werden.

Es bedarf der Offenlegung der Auswirkungen der verwendeten Algorithmen, um Voreingenommenheit und Diskriminierung in den KI-Antworten zu verhindern. Zum Beispiel kann festgestellt werden, dass das vorprogrammierte Training von ChatGPT dazu führt, dass dieses manchmal Antworten gibt, die gegen rechtskonservative oder nicht dem Mainstream entsprechende Ansichten voreingenommen sind.¹

Chatbots, Social-Media-Plattformen und Anfragealgorithmen erhalten eine riesige Menge an Informationen (Big Data), von denen viele privater, strategischer oder sensibler Natur sein können. Da die meisten verwendeten Programme wie ChatGPT, Facebook und Google unter ausländischer Kontrolle, insbesondere der USA, stehen und bekanntermaßen eng mit Geheimdiensten kooperieren, müssen der Freistaat und die Bundesregierung alles tun, um bei der Festlegung von Regeln für eine solche KI die Privatsphäre unserer Bürger, die Sicherheit unserer Unternehmen und die Verteidigung unserer nationalen Interessen zu gewährleisten.

¹ Bole A. (2023). ChatGPT goes woke! Daily Mail.

Die Veröffentlichung der skandalösen „Twitter Files“ zeigt unsers Erachtens einmal mehr² wie Regierungsvertreter, auch in Deutschland, eng mit Internetkonzernen kooperieren, um die politische Opposition und regierungskritische Ansichten zu diskriminieren.³ Die Regulierung von KI-Anfrage- und Chat-Programmen muss so festgelegt werden, dass eine solche schädliche autoritäre Einflussnahme durch die Regierung verhindert wird.

Bayerische Alleingänge bei der Regulierung von KI-Programmen sind kontraproduktiv und könnten zu einer potenziellen Verschwendung von Steuermitteln und Verwaltungsmitteln, z. B. wie bei der Luca App (5,5 Mio. Euro bis Januar 2022),⁴ führen, die anderweitig verwendet werden könnten. Eine enge Abstimmung mit den anderen Bundesländern, der Bundesebene und unseren europäischen Partnern ist daher ratsam.

² McMahon C. (2022). „Twitter fungierte wie eine FBI-Operation“. Junge Freiheit.

³ Peny T. (2023). Deutsche Regierung: Twitter-Schutzengel für Impfersteller? Telepolis.

⁴ Braun K., Huber S. (2022). Corona-Kontaktverfolgung: Der Luca-App droht in Bayern das Aus – der Nutzen ist gering, die Kosten enorm. Merkur.